

MOTION

Urheber Patricia Constantin, AdG/LA, Francine Zufferey Molina, AdG/LA, Christian Fracheboud, PLR, German Eyer, AdG/LA, und Mitunterzeichner
Gegenstand Verstärkung der flankierenden Massnahmen
Datum 10.03.2016
Nummer 4.0192

Lohndumping ist weitverbreitet in der Schweiz und muss mittels Verstärkung der flankierenden Massnahmen bekämpft werden. In zahlreichen Fällen liegen die Löhne unter den geltenden Normen – es ist also höchste Zeit zu handeln. Nach dem Vorbild der Kantone Freiburg oder Genf muss sich auch das Wallis mit Instrumenten zur Überwachung der Unteraufträge im öffentlichen Beschaffungswesen ausstatten.

Es bedarf einer Verschärfung des Gesetzes und der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen mittels Einführung strikter Normen in Sachen Unteraufträge.

So muss beispielsweise vorgesehen werden, dass der Auftragnehmer klar dafür verantwortlich ist, dass seine Unterakkordanten ihre Verpflichtungen in Sachen Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge, Lohnzahlung und Sozialversicherungsbeiträge erfüllen.

Die wiederholten Verstösse gegen dieses Gesetz sind denn auch dafür verantwortlich, dass die Submissionspreise und die Löhne unter Druck geraten, was wiederum den Staat (nicht versteuerte Löhne) und die Sozialversicherungen teuer zu stehen kommt.

Das Gesetz muss dringend der Realität angepasst und die Betrüger müssen härter bestraft werden. Folglich fordern wir den Staatsrat auf, das Gesetz und die Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen im Sinne dieser Motion zu verschärfen.

Schlussfolgerung

Wir fordern den Staatsrat auf, das Gesetz und die Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen im Sinne dieser Motion zu verschärfen.